

**Haushalts- und Finanzausschuß****Protokoll**

20. Sitzung (nicht öffentlich)

17. Oktober 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph: Stöck

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde (auf Antrag des Abgeordneten Schauerte [CDU])****Kenntnisstand der Landesregierung zur geplanten Übernahme der Hoesch AG durch die Krupp GmbH**

1

**2 Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 1989**Antrag des Finanzministers  
Drucksache 11/1001

11

Der Antrag des Finanzministers in Drucksache 11/1001, die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 1989 zu genehmigen, wird bei Stimmgleichheit mit den Stimmen

der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Als Berichterstatter für das Plenum wird der Abgeordnete Trinius (SPD) benannt.

- 3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 10 000 DM und darüber im vierten Quartal des Haushaltsjahres 1990  
hier: Genehmigung nach Artikel 85 Abs. 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 37 Abs. 4 Landeshaushaltsordnung**

Antrag des Finanzministers  
Vorlage 11/737

14

Der Ausschuß genehmigt die in der Vorlage 11/737 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE GRÜNEN in Abwesenheit eines Vertreters der F.D.P.-Fraktion.

Als Berichterstatter für das Plenum wird Abgeordneter Walsken (SPD) benannt.

- 4 Unterrichtung über die Landesbürgschaften im ersten Halbjahr 1991**

Vorlage 11/703

17

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 11/703 zur Kenntnis.

**5 Kassen- und Haushaltsabschluß 1990**

Vorlage 11/647

17

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 11/647 zur Kenntnis.

**6 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 11/662

18

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 11/662 zur Kenntnis.

**7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Drucksache 11/2450

19

Der Ausschuß tritt in den zweiten Beratungsdurchgang ein und behandelt:

Einzelplan 12 - Finanzministerium  
Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Haushaltsgesetz

In diesem Zusammenhang beschäftigt er sich noch ausführlich mit Fragen zum Thema Stellenumsetzungen bezüglich des Fluggastkontrolldienstes.

**8 Ein neues Gleichgewicht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung schaffen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksachen 11/2441 und 11/2488

23

Die Abschnitte I, II und III des Antrags werden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN und in Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Der Abschnitt IV wird ebenfalls mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN und in Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.-Fraktion angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN und in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Als Berichterstatterin für das Plenum wird die Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD) benannt.

**9 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a GG**

hier: **20. Rahmenplan**

**"Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Vorlage 11/625

27

Der Ausschuß nimmt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN und in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P. die Vorlage 11/625 zur Kenntnis, ohne Änderungen zu empfehlen.

Als Berichterstatter für das Plenum wird der Abgeordnete Schittges (CDU) benannt.

## **10 Unterrichtsausfall in der Karnevalszeit**

Vorlagen 11/593 und 11/799

28

Der Ausschuß beschließt einvernehmlich, der Bitte des Finanzministers in Vorlage 11/593 zu entsprechen und damit auf die Beantwortung seiner Frage vom 21.02. hinsichtlich des Unterrichtsausfalls in der Karnevalszeit zu verzichten.

## **11 Einwilligung des Landtags Nordrhein-Westfalen in die Veräußerung eines landeseigenen Grundstücks in Köln, Unter Sachsenhausen 6, Tunisstraße 27 und Auf dem Hunnenrücken 2 - 22**

Vorlage 11/791

29

Der Ausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministers in Vorlage 11/791 einstimmig bei einer Stimmenthaltung seitens der CDU-Fraktion und in Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.-Fraktion zu.

Als Berichterstatter für das Plenum wird der Abgeordnete Wegener (CDU) benannt.

**12 Einwilligung des Landtags Nordrhein-Westfalen in die Übereignung landeseigener Grundstücke in Bad Oeynhausen an die IVO Immobilien-Verwaltungsgesellschaft Staatsbad Oeynhausen mbH**

Vorlage 11/790

30

Der Ausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministers in Vorlage 11/790 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN in Abwesenheit eines Vertreters der F.D.P.-Fraktion zu. Dabei geht er ausdrücklich davon aus, daß die vom Finanzminister beabsichtigte Maßnahme, insbesondere die Erhöhung der Beteiligung des Landes an der Gesellschaft, ohne daß sie im Haushaltsplan ausgewiesen ist, haushaltsmäßig geprüft und zulässig ist.

**13 Verschiedenes**

32

Siehe Diskussionsprotokoll.

**14 Gesetz zur Regelung der Wohnungsbauförderung**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2329

34

Siehe Diskussionsprotokoll.

-----

**14 Gesetz zur Regelung der Wohnungsbauförderung**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2329

Der Ausschuß hatte die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung um diesen Punkt erweitert.

Der **Vorsitzende** führt aus, am 15.10. sei bei ihm ein Schreiben der SPD-Fraktion eingegangen, mit dem ein Sachverständiger für die öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf zur Regelung der Wohnungsbauförderung nachbenannt werde. Es handele sich um Herrn Professor Dr. Ulrich Immenga von der Universität Göttingen. Im Hinblick auf § 33 der Geschäftsordnung könne Herr Professor Dr. Immenga ohne entsprechenden Ausschußbeschuß nicht eingeladen werden. Der Beschluß des Ausschusses vom 2. und vom 10. Oktober 1991 müßte also entsprechend ergänzt werden.

**Abgeordneter Bensmann (CDU)** bringt zum Ausdruck, die CDU-Fraktion wolle ebenfalls noch zwei Sachverständige nachbenennen, und zwar Herrn Professor Dr. Jürgen Steiner von der Universität Passau sowie einen Vertreter des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß der Ausschuß seinen Beschluß vom 10. Oktober insoweit ergänzt habe.

gez. Dautzenberg  
Vorsitzender

13.01.1992/19.03.1992